SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat

An den
Vorsitzenden des
Rates

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 01.03.2011

AN/0542/2011

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	01.03.2011

Rundfunkgebührenbefreiung bei geringem Einkommen, TOP 10.4 (0108/2011)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Antragsteller bitten Sie, den folgenden Änderungsantrag in die Tagesordnung der Ratssitzung am 01.03.2011 aufzunehmen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln fordert die Landesregierung auf, den Rundfunkgebührenstaatsvertrag dahingehend zu ändern, dass bei Personen mit geringem Einkommen, eine 130%-ige Bedarfsbemessungsgrenze bei der Rundfunkgebührenbefreiung zu Grunde zu legen ist.

Begründung:

Die Antragsteller greifen die Initiative der Seniorenvertretung gerne auf, regen jedoch an, die Bemessungsgrenze für Menschen mit geringem Einkommen – analog zur seit 2009 geltenden Regelung des Köln-Passes - auf 130% des Transferleistungssatzes zu erhöhen. Der Kreis der Anspruchsberechtigten wäre in diesem Fall deckungsgleich mit den Köln-Pass-Inhabern und begünstigt zudem einen Personenkreis, der nur mit einem geringem Arbeitseinkommen nur knapp über der Grenze des Transferleistungssatzes liegt und der teilweise, wie etwa Senioren, zusätzlich mit nicht unerheblichen Zuzahlungen bei den Krankheits- und Pflegekosten belastet ist.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Michael Zimmermann
SPD-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Jörg Frank
Grüne-Fraktionsgeschäftsführer